

Sonderdruck aus

PARTEIEN IM WANDEL

VOM KAISERREICH
ZUR WEIMARER REPUBLIK

Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren

Herausgegeben von Dieter Dowe, Jürgen Kocka
und Heinrich August Winkler

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Siegfried Weichlein

Multifunktionäre und Parteiliten in Katholizismus und Sozialdemokratie zwischen Kaiserreich und Republik

Struktur, Herkunft und Wandel des ‚Multifunktionswesens‘ im politischen Katholizismus und der reformistischen Arbeiterbewegung bestim�ten wesentlich die Einstellungen der Eliten in beiden Parteien zu Demokratie, Parlament und Republik. Dies soll im folgenden an einem regionalen Beispiel vom späten Kaiserreich bis in die Weimarer Republik nachgezeichnet werden. Multifunktionäre werden hier unter der Milieuperspektive betrachtet, d. h. das Interesse gilt ihrem Stellenwert für die Kontinuität und Selbstreproduktion von Milieustrukturen. Von Multifunktionären soll immer dann die Rede sein, wenn eine Person mehrere Ämter und Funktionen in einer sozialmoralischen Gesinnungsgemeinschaft miteinander verband. Multifunktionäre stellten einen Mechanismus der milieuinternen Vermittlung zwischen verschiedenen Ebenen dar. Sozialmilieus waren gekennzeichnet durch drei Ebenen: eine weitgehend ritualisierte und vergleichsweise homogenisierte Lebenswelt, die sekundäre Integration im Vereinsmilieu und – oft, aber nicht immer – die Politisierung in einem politischen Sozialmilieu, das um die parteipolitische Vertretung eines Milieus herum zentriert war.¹ Dadurch entstanden zwei Schnittstellen im Milieu, die ständig Übersetzungsleistungen nötig machten: zum einen von der Lebenswelt ins Vereins- und Organisationsmilieu, zum anderen von den Vereinen und Verbänden in die

¹ Zur näheren Begründung der hier verwendeten Begrifflichkeit vgl. Siegfried Weichlein: Sozialmilieu und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Verenskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996, S. 11–25; ders.: Wahlkämpfe, Milieukultur und politische Mobilisierung im Deutschen Kaiserreich, in: Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl/James N. Retallack (Hrsg.): Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland. Wahlen, Wahlrecht und Politische Kultur, Bielefeld 1995, S. 69–87.

Politik. An beiden Schnittstellen spielten Multifunktionäre eine maßgebliche Rolle. Sie verkörperten wie kaum eine andere Erscheinung das ständige Ringen der Sozialmilieus um Kohärenz.

Traditionell stellte dieser Gegenstand eines der klassischen Themen der Soziologie – weniger dagegen der Geschichtswissenschaft – dar. Soziologen befaßten sich schon früh mit den Parteiführern und der Parteidemokratie vor allem der politischen Arbeiterbewegung. Besonders einflußreich wurde Robert Michels' Parteiensoziologie, die in der These von der Oligarchisierung des sozialistischen Parteiapparates gipfelte, was er empirisch mit Belegen aus der Zeit vor 1914 untermauerte.² Michels' Oligarchietheorie wurde rasch zum Gemeingut unter politischen Intellektuellen und diente vielfach zur Kritik an der kaiserlichen, später der Weimarer Sozialdemokratie. Der ursprünglich analytisch gemeinte Begriff 'Oligarchie' degenerierte nach 1919 zum Werkzeug einer polemischen Parteienkritik, die in Schlagworten wie „Bonzenrum“ und „Parteiherrschaft“ zum Ausdruck kam. Von der zeitgenössischen Soziologie wurden diese politischen Vorwürfe indessen nicht empirisch überprüft.³ Dies änderte sich erst 1955 durch die empirisch gut fundierte Studie Joachim Siemanns zu den „Arbeiterführern“ in der Weimarer Republik, die in wichtigen Punkten über Michels hinausführte.⁴ Für die Gruppe der Arbeitersekretäre untersuchte jüngst Klaus Tenfelde die vorherrschenden Aufstiegswege und Karrieremuster bis 1914.⁵

Daten und Biographien zu den sozialdemokratischen Parteileitenden sind gut dokumentiert. Für die Parlamentarier sieht die Lage noch besser aus. Gleich zwei Handbücher herausgegeben von Wilhelm Heinz Schröder geben Auskunft über SPD-Politikerkarrieren im preußischen Landtag,

² Vgl. Robert Michels: Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, ND. Hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 1970; ders.: Der konservative Grundzug der Parteiorganisation, in: Monatsschrift für Soziologie 1 (1909), S. 228–236 und S. 301–316.

³ Zur bürgerlichen Rezeption von Michels' Oligarchietheorie vgl. Hans Delbrück: Regierung und Volkswille. Eine akademische Vorlesung, Berlin 1920. Zur kommunistischen Rezeption und Kritik an der SPD vgl. Grigori Sinowjew: Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Wien 1924. Eine sozialdemokratische Kritik an Michels von Alexander Schiffrin: Parteiapparat und Parteidemokratie, in: Die Gesellschaft 7 (1930), S. 505–528.

⁴ Vgl. Joachim Siemann: Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Soziologie der Eliten in der modernen Parteigeschichte, MS Göttingen 1955.

⁵ Vgl. Klaus Tenfelde: Arbeitersekretäre. Karrieren in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914, Heidelberg 1996.

den anderen Länderparlamenten und im Reichstag.⁶ Für Hessen hat Gerhard Beier einen ausführlichen biographischen Datensatz der SPD-Parteilite publiziert.⁷ Angaben zum Gewerkschaftspersonal sind neben den zeitgenössischen Publikationen leicht greifbar in den drei Bänden zur „Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“ von Heinrich August Winkler⁸, in Dieter Fricke's Handbuch⁹ sowie in den organisationsgeschichtlichen Studien der Reihe „Solidargemeinschaft und Milieu. Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik“.¹⁰ Hinzu treten zahlreiche Lokalstudien und Biographien zu Arbeitersekretariaten.¹¹

Das politische Personal des politischen Katholizismus der wilhelminischen Zeit, das sich in parlamentarischer Funktion befand, ist von Wilfried Loth eingehend untersucht worden. Er schilderte in Detail den Konkurrenzkampf verschiedener sozialer Gruppen in den Zentrumsfraktionen im Reich und in Preußen.¹² Für das katholische Vereinswesen liegen zahlreiche empirisch gehaltvolle organisationsgeschichtliche Studien zu den vorpolitischen Vereinen und Verbänden vor.¹³ Was dagegen

⁶ Vgl. Wilhelm Heinz Schröder (Bearb.): Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation, Düsseldorf 1995; ders. (Bearb.): Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch-Statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986.

⁷ Vgl. Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch 150 Jahre (1834–1984), Frankfurt a. M. 1984, S. 355–615.

⁸ Vgl. Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn 1985; ders.: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985; ders.: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn 1987.

⁹ Vgl. Dieter Fricke (Bearb.): Handbuch zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung in zwei Bänden, Berlin (Ost) 1987.

¹⁰ Vgl. Franz Walter: Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Berlin/Bonn 1990; ders./Viola Dencke/Carola Reglin: Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Berlin/Bonn 1991; ders./Dietermar Klenske/Peter Lilje: Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Berlin/Bonn 1992; ders./Siegfried Heimann: Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Berlin/Bonn 1993.

¹¹ Belege bei Tenfelde, Arbeitersekretäre [wie Anm. 5].

¹² Vgl. Wilfried Loth: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1984; ders.: Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreiches, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 279–310.

¹³ Ihre Zahl ist mittlerweile Legion. Allen voran vgl. Horstwalter Heitzer: Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890–1918, Mainz 1979; Jürgen

fehlt, sind regionale synthetische Durchblicke auf die innere Dynamik des Milieus zwischen Lebenswelt, Vereinskultur und Politik. Erst wenige milieugeschichtliche Lokal- und Regionalstudien gehen den Wirkungsmustern und Vermittlungsinstanzen auf der untersten Ebene nach und erlauben daher Rückschlüsse auf das Multifunktionsärwesen.¹⁴ Unter den katholischen Milieueliten fanden jüngst die Priester das Interesse der Forschung. Olaf Blaschke betonte pointiert ihre Elitefunktion als „Milieumanager“.¹⁵

Die folgenden Ausführungen wollen die Personengruppe der Multifunktionsäre in den beiden Mustermilieus Katholizismus und Sozialdemokratie charakterisieren mit Blick auf ihre Herkunft und Karrierewege. Im Vergleich beider Milieus soll der sich wandelnde Stellenwert des Multifunktionsärwesens herausgearbeitet werden. Die Befunde stützen sich auf Studien zu Genese und Wandel der verschiedenen Sozialmilieus in Nordhessen im 19. und 20. Jahrhundert, wo der Katholizismus in der Bischofsstadt Fulda und die Arbeiterbewegung in Kassel frühe Hochburgen hatten.¹⁶

Aretz: Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenevereine Westdeutschlands 1923–1945, Mainz 1978. Zum Forschungsstand vgl. Antonius Liedhegener: Der deutsche Katholizismus um die Jahrhundertwende (1890–1914). Ein Literaturbericht, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaft 32 (1991), S. 361–392; Margret L. Anderson: Piety and Politics: Recent Work on German Catholicism, in: Journal of Modern History 63 (1991), S. 681–716.

¹⁴ Vgl. Herbert Kühr: Katholische und evangelische Milieus: Vermittlungsinstanzen und Wirkungsmuster, in: Dieter Oberndörfer u. a. (Hrsg.): Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel, Berlin 1985, S. 245–261; Hansjürgen Smula: Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen 1919 bis 1933, Münster 1987; Cornelia Rauh-Kühne: Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ertlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991; Stefan Rüping: Parteiensystem und Sozialstruktur in zwei dominant katholischen und überwiegend ländlichen Regionen 1912–1972, Münster 1990; Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur [wie Anm. 1].

¹⁵ Vgl. Olaf Blaschke: Die Kolonialisierung der Laienwelt. Priester als Milieumanager und die Kanäle kuratler Kuratel, in: ders./Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.): Religion im Kaiserreich. Milieus, Mentalitäten, Krisen, Güterstoh 1996, S. 93–135; Irmtraud Götz von Olenhusen: Klerus und abweichendes Verhalten. Zur Sozialgeschichte katholischer Priester im 19. Jahrhundert: Die Erzdiözese Freiburg, Göttingen 1994.

¹⁶ Vgl. Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur [wie Anm. 1], dort weitere Literatur; ders.: Konfession und Region. Katholische Milieubildung am Beispiel Fuldas, in: Blaschke/Kuhlemann (Hrsg.), Religion im Kaiserreich [wie Anm. 15], S. 193–232.

I. Multifunktionsäre und Parteiellen im Katholizismus vom späten Kaiserreich bis zur Weimarer Republik

Zu den Milieueliten und Multifunktionsären im Katholizismus zählten in erster Linie die Kleriker.¹⁷ Daher einige Bemerkungen zu Rolle und Funktion katholischer Kleriker im katholischen Sozialmilieu. Zwar gelang jüngst der detaillierte Nachweis einer umfassenden Disziplinierung bei der Durchsetzung des Ultramontanismus.¹⁸ Dennoch scheint das Phänomen des Milieuzusammenhaltes – wahrscheinlich auch die Durchsetzung des Ultramontanismus – kaum durch die Annahme hierarchischer und gewaltsamer Einflüsse von oben hinreichend erklärt werden zu können. Annahmen eines linearen Herrschaftsgefälles tragen der gegenseitigen Stützung von sozialer Basis und kirchlicher Leitung, besser: der Legitimitätsproblematik in Massenorganisationen wie der katholischen Kirchen nicht genügend Rechnung. Die Frage nach der Einheit des katholischen Milieus führt zwar auch zur Annahme von Herrschaft bzw. Herrschaftsgefälle, zumal dies für eine Großorganisation wie die Kirche allemal wahrscheinlich ist. Der flächendeckende Erfolg des Ultramontanismus dürfte indessen damit noch nicht ausreichend analysiert sein. Klerikale Multifunktionsäre und die oft zitierten Zentrumsprälaten kennzeichnete vielmehr eine Übersetzungsleistung, für die sie prädestiniert waren, gerade weil und nicht obwohl sie dem Zölibat, d. h. der Nicht-Vererbbarkeit von Eigentum, unterworfen waren. Die Ultramontanisierung des Katholizismus erfolgte nicht gegen den Klerus, sondern sie ging Hand in Hand mit einer starken Klerikalisierung der Kirche, die ihrerseits einen der wenigen Aufstiegswege für ländliche katholische Unterschichten verbürgte, auch wenn sie makrosoziologisch als Elitengrab verstanden wurde.

Kennzeichen des katholischen Klerus in seiner Bedeutung für die Entwicklung einer katholischen Subkultur, war eine spezifische Mischung von Autonomie und Eingebundenheit. Katholische geistliche Multifunktionsäre hatten – kaum zu überschätzen! – Anteil an der Charismatisierung der katholischen Ämterstruktur, d. h. dem sich über fünfzig Jahre hinziehenden Prozeß der theologischen und kirchlichen Aufwertung des Priesteramtes gegenüber den Laienfunktionen. Ihre Ämterfülle war die Konsequenz der Verkirchlichung von Volksreligion. Dieser Pro-

¹⁷ Vgl. dazu Blaschke, Die Kolonialisierung der Laienwelt [wie Anm. 15].

¹⁸ Vgl. Götz von Olenhusen, Klerus und abweichendes Verhalten [wie Anm. 15].

zeß zog einen nie gekannten Aufgabenzuwachs für den katholischen Klerus nach sich: jede Wallfahrt, jede Devotionsform, jeder kirchliche Verein stand unter kirchlicher Obhut.¹⁹ In allen kirchlichen Vergemeinschaftungsformen repräsentierte der Kleriker die kirchliche Hierarchie, sein Amtsscharisma hob ihn aus der Gemeinschaft der Gläubigen deutlich heraus.

Auf der anderen Seite blieben katholische Kleriker deutlich ihrem Umfeld verhaftet, aus dem sie stammten und in dem sie arbeiteten. Ihre Distinktion war amtscharismatisch und beruhte nicht auf sozialer Aussonderung mittels Bildung oder Besitz. Dies wurde offensichtlich, sobald es zu Konflikten kam und Kleriker in der Lage waren, ihr Amtsscharisma für eine der Konfliktparteien in die Waagschale zu werfen. Kleriker konnten bei der Frage der Aufstellung von Reichstagskandidaten des Zentrums schärfer die Interessen ihrer Klientel vertreten, als dies katholischen Laien mit ihren für alle klar identifizierbaren sozialen Interessenlagen möglich war. Nachdem etwa der ostthessische Reichstagsabgeordnete Droste zu Vischering sich in der Frage der Caprivi'schen Militärvorlage 1893 mit der Fraktionsführung unter Ernst Lieber überworfen und auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, kam es zu einer bürgerlichen Elitenabsprache unter Fuldaer Zentrumshonoratioren. Man einigte sich auf den Fabrikanten Richard Müller, der später den ostthessischen Wahlkreis von 1893 bis 1920 im Reichstag vertreten sollte. Dieser bürgerliche Kandidat konnte mühelos die städtische Wählerschaft hinter sich bringen. Dennoch sah er sich Einwänden von Seiten der ländlichen Zentrumswähler ausgesetzt, ob er als reichster Mann Kurhessens die Interessen der Landbevölkerung kenne und vertreten werde. Diese Bedenken wurden von Pfarrern vorgebracht, die gleichzeitig an der Spitze der örtlichen Raiffeisenorganisation standen, nicht aber von Laien-Zentrumsbürgermeistern, die sehr wohl auch zur Verfügung gestanden hätten und sich unter politischen Gesichtspunkten sogar angeboten hätten. Die amtscharismatisch aufgewertete Stellung des Dorfpfarrers konnte mithin mühelos in politischen Konflikten eingesetzt werden.²⁰

¹⁹ Vgl. hierzu Karl Gabriel: Christentum zwischen Tradition und Postmoderne, Freiburg 1992, S. 93–96; Michael N. Ebertz: Organisation der Massenreligiosität. Soziologische Aspekte der Frömmigkeitsforschung, in: Jahrbuch für Volkskunde, Neue Folge 2 (1979), S. 38–72; ders.: Herrschaft in der Kirche. Hierarchie, Tradition und Charisma im 19. Jahrhundert, in: Karl Gabriel/Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.): Zur Soziologie des Katholizismus, Mainz 1980, S. 89–111.

²⁰ Vgl. Siegfried Weichlein: Zentrumsdemokrat und Finanzpolitiker. Richard Müller

Die Stellung des Klerus blieb ambivalent: charismatisch ausgesondert und durch Alltagsbeziehungen und kirchliche Gemeindebildung sozial vergemeinschaftet vertrat er tendenziell den kirchlichen Standpunkt im Mikro-Milieu vor Ort, den sozialen Interessenstandpunkt jedoch im Meso-Milieu, wo es etwa um Reichstagskandidaturen und Verbände ging.²¹ An diese strukturelle Multifunktionalität aus kirchlicher Autonomie und tendenzieller sozialer Einbindung knüpfte die klerikale Amtshäufung an. Ihre Rollenautonomie prädestinierte die Kleriker zu Multifunktionären. Dies trat offen zutage, als seit 1890 mit dem Ausbau des katholischen Vereinswesens die Zahl der zu verteilenden Ämter exponentiell anstieg.

Umgekehrt erweiterte diese Doppelrolle des Klerus den politischen Handlungsspielraum der Zentrumsparlei. Kleriker konnten politische Entscheidungen der von ihnen mitgetragenen Abgeordneten dadurch sozial absichern, daß sie bei Konflikten ihr Amtsscharisma einsetzten. Richard Müller, mit klerikaler Rückendeckung Fuldaer Zentrumsabgeordneter über 27 Jahre, konnte bei den Reichstagswahlen 1907 auf ein Stichwahlabkommen mit der SPD hinarbeiten, ohne vom heimischen Klerus angegriffen oder ausgegrenzt zu werden.²² Ein solcher Vorgang wäre zwanzig Jahre später undenkbar gewesen, als die klerikalen Multifunktionäre den Verbandsfunktionären gewichen waren und andere Vermittlungsmuster zwischen Leitung und Basis getreten waren.

Die Präsidiesverfassung, d. h. die vom Bischof zu billigende bzw. vorzunehmende Ernennung eines geistlichen Vorstandes der katholischen Vereine, garantierte dem Klerus eine überragende Stellung im ‚dichten Netz‘ der katholischen Vereine. Dies galt vor allem für die Lebens- und Berufsstände, d. h. für die zahllosen Jungmänner-, Jungfrauen-, Müttervereine etc., erst recht natürlich für die im engeren Sinne religiösen. Vereine wie die Bruderschaften, Sodalitäten usw.²³ Vergleichsweise gering

(-Fulda) als Parlamentarier 1893–1920, in: Fuldaer Geschichtsblätter 70 (1994), S. 3–52; „Fuldaer Zeitung“, vom 24. 5. 1893.

²¹ Zur begrifflichen Unterscheidung in Mikro-, Meso- und Makromilieu vgl. Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann: Religion in Geschichte und Gesellschaft. Sozialhistorische Perspektiven für die vergleichende Erforschung religiöser Mentalitäten und Milieus, in: dies. (Hrsg.), Religion im Kaiserreich [wie Anm. 15], S. 7–56, hier S. 47–50.

²² Zu Richard Müllers Stichwahlabkommen mit der SPD vgl. Weichlein, Zentrumsdemokrat und Finanzpolitiker [wie Anm. 20]. Zu Abkommen und Debatte vgl. „Vorwärts“ vom 29. 9. 1911, „Kölnische Volkszeitung“, vom 28. 9. 1911.

²³ Vgl. Josef Mooser: Das katholische Vereinswesen in der Diözese Paderborn um 1900.

war dagegen die klerikale Dominanz in den politischen Gremien der Zentrumspartei. Hier spielten Kleriker zwar ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sie sahen sich jedoch von Beginn an – anders als in den Pfarrgemeinden – mit dem Anspruch der Honoratioren auf politische Mitgestaltung konfrontiert. Der Klerus erlangte in der Regel dort direkten überregionalen politischen Einfluß, wo er sich mit ländlichen Unterschichten oder – immer häufiger – der Arbeiterschaft verbündete. In diese Richtung deutete das Beispiel des „Preßkaplans“ Georg Friedrich Dasbach. Hier schlug sich das notorisch antibürgerliche Moment im katholischen Klerus nieder, der in der Formationsphase des Milieus und teilweise noch bis 1914 leichter Bündnisse mit den proletarischen oder den bäuerlichen Schichten eingehen konnte als mit bürgerlichen Honoratioren.

Der Einfluß klerikaler Multifunktionäre blieb – wenn auch eher rückläufig – bestimmend für den Zusammenhalt des katholischen Milieus. Er war auf der Mikroebene am größten. Auf der mittleren Ebene setzte sich eine Aufgabenteilung zwischen Klerikern und Laien durch. So lag im achtzehnten kurhessischen Reichstagswahlkreis der Zentrumsvorsitz über lange Zeit bei einem Kleriker, das Mandat durchweg – mit einer einzigen Ausnahme – bei einem bürgerlichen oder landwirtschaftlichen Vertreter. Auf der Makroebene war der Klerus lange Zeit durch die sogenannten ‚Zentrumsprälaten‘ vertreten. Daneben spielten Kleriker eine zentrale Rolle bei der reichsweit flächendeckenden Ausweitung des katholischen Vereinswesens.

Für die Stärke des katholischen politischen Sozialmilieus war die Rückbindung der Zentrumspartei an die katholischen Vereine und Verbände ausschlaggebend. An dieser Nahtstelle übten bis 1918 gerade die Kleriker als katholische Multifunktionäre einen bestimmenden Einfluß aus, indem sie Funktionen im Vereinsmilieu und der Politik in einer Person miteinander verbanden. Dieser Typus des Multifunktionärs wurde verkörpert durch Persönlichkeiten wie dem Zentrumsfraktionsvorsitzenden im Fuldaer Stadtparlament, Schulpolitiker und Caritaspräsidenten Domkapitular Viktor Thielemann, dem Präses der Arbeiterinnenkongregation, des katholischen kaufmännischen Gehilfen-Vereins und der Di-

in: Westfälische Zeitschrift 141 (1991), S. 447–461; ders.: Das katholische Milieu in der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Vereinswesen des Katholizismus im späten Deutschen Kaiserreich, in: Blaschke/Kuhlemann (Hrsg.), Religion im Kaiserreich [wie Anm. 15], S. 59–92.

özesanjünglingsvereine Alexander Leimbach²⁴ oder – deutlicher noch – Pfarrer Emil Atzert. An Atzerts Berufung zum Präses des Gesellenvereines im Jahr 1910 ließ sich der Karriereweg von katholischen Multifunktionären exemplarisch ablesen. Der Kölner Generalpräses Schweitzer hatte im Jahr zuvor in einem Schreiben an den Fuldaer Bischof die geringe Zahl an ländlichen Gesellenvereinen bedauert. Da die wandernden Gesellen die Institution der Gesellenvereine nicht kennen würden, „und weil sie in der Großstadt keinen Anschluß an den Gesellenverein finden, fallen sie der Sozialdemokratie in die Hände.“²⁵ Dem müsse durch verstärkte Organisation entgegenarbeitet werden. Um Abhilfe zu schaffen, wünschte sich der Kölner Generalpräses als neuen Regionalpräses der Fuldaer Gesellenvereine Pfarrer Emil Atzert. Ihn empfahlen seine Herkunft und die schon zuvor ausgeübten Funktionen. Atzert entstammte dem Fuldaer Mittelstand, genoß das Vertrauen breiter bürgerlicher Schichten und des Diözesanklerus, war auf dem Land und im Fuldaer Handwerk fest verankert. Den Ausschlag gab indessen, daß Atzert bereits Chefredakteur der katholischen Kirchenzeitung war. „Nicht zum wenigsten kommt für mich in Betracht, daß dem Herrn Pfarrer Atzert in seinem ‚Bonifatiusboten‘ ein überaus wirksames Agitationsmittel zur Verfügung steht.“ Pfarrer Atzert stellte den Prototyp des Multifunktionärs dar, der für die Einheit des katholischen Vereinswesens und ihre Verbindung zur Zentrumspartei entscheidende Bedeutung erlangte. Er verband in seiner Person neben dem Amt des Präses der Gesellenvereine, des Schriftleiters des ‚Bonifatiusboten‘ und Zentrumsvorsitzenden im Landkreis Gersfeld die Vorstandstätigkeit in der Fuldaer Actiendruckerei, die Funktion eines Sekretärs des Caritasverbandes, die aktive gestalterische Tätigkeit im Albertus-Magnus-Verein und im Bonifatiusverein sowie den Posten eines Unterverbandsdirektors der Raiffeisen-Genossenschaften für Gersfeld miteinander. Die Bestallung des Redakteurs und Zentrumspolitikers Atzert zum Diözesanpräses für die Gesellenvereine im Jahre 1910 zielte auf die Kumulation sozialintegrativer, politischer und publizistischer Funktionen in einer Hand.²⁶

Nach 1918 trat ein Generationenwechsel unter den Zentrumseliten ein. Die durch die Erfahrung des Kulturkampfes geprägte ältere Genera-

²⁴ Vgl. ‚Bonifatiusbote‘ vom 30. 11. 1919.

²⁵ Schreiben des Generalpräses Msgr. Schweitzer an den Bischof von Fulda vom 25. 9. 1909 in: Bistumsarchiv Fulda, Best. 455, Nr. 02, Fasc. 1 (Hervorhebung im Original).

²⁶ Vgl. den Nachruf auf Pfarrer Atzert in ‚Bonifatiusbote‘ vom 30. 5. 1923.

tion im politischen Katholizismus trat allmählich ab: ihre Ämter wurden zwar von anderen übernommen, in ihrer Funktion als Multifunktionäre fanden sie indessen kaum Nachfolger. Die Integrationsmechanismen der Zeit vor 1914 – hier vor allem das Multifunktionswesen – gerieten unter zunehmenden Druck und wurden durch neue ersetzt. An die Stelle der indirekten Bündelung und Vermittlung von Interessen durch Multifunktionäre trat die direkte Repräsentation sozialer Interessen in der Zentrumspartei durch die neu eingerichteten Beiräte und den sich verstärkenden Einfluß der berufsständischen Organisationen. Aus diesen Organisationen rekrutierte sich die Mehrzahl der parlamentarischen Vertreter im Laufe der Weimarer Republik.

Zwischen 1919 und 1921 wurden die meisten politischen Ämter neu besetzt, etwas später die Leitungen der Vereine und Verbände. 1920 ging die 27 Jahre währende parlamentarische Vertretung Fuldas durch den bürgerlichen Zentrumspolitiker Richard Müller zu Ende. Müller war als ‚Zentrumsdemokrat‘ mit großbürgerlichem Hintergrund noch kein ausgesprochener Interessenpolitiker gewesen und hierin den katholischen Juristen in politischer Funktion vergleichbar. Nach seinem Abtritt wurde die Kandidatensuche vom Schlagwort ‚Ständekandidatur‘ bestimmt. Nach den Juniwahlen 1920 übernahm das Abgeordnetenmandat der Landwirt Carl Herbert. Dessen Kandidatur mußte nun wiederum im sozialen Ämterproporz ausgeglichen werden durch einen Arbeitervertreter im preußischen Landtag, den christlichen Gewerkschafter Karl Schmitt. Diese soziale Aufteilung der Mandate blieb auch erhalten, als 1924 Carl Herbert durch den Vorsitzenden des Verbandes der Christlichen (sc. katholischen) Bauernvereine, August Crone-Münzebrock, ausgewechselt wurde. Ähnliches vollzog sich auf lokaler Ebene, wo die ältere Generation der noch vom Kulturkampf geprägten Kleriker von jüngeren Zentrumspolitikern abgelöst wurde. Die neue Generation der Kommunalpolitiker hatte ihre formativen politischen Erfahrungen im etablierten politischen Sozialmilieu der wilhelminischen Epoche gesammelt. Die Leitung der örtlichen Zentrumspartei lag nun bei dem Juristen Andreas Rhiel, preußischer Landtagsabgeordneter bis 1933, und dem Chefredakteur der ‚Fuldaer Zeitung‘ Johannes Kramer. Die Zentrumspartei errichtete erstmals 1921 ein eigenes hauptamtlich geleitetes Sekretariat.²⁷

²⁷ Gleichzeitig wurden als politisches Kommunikationsmedium für die Zentrumseliten die kurzlebigen ‚Mitteilungen der Zentrumspartei im Regierungsbezirk Kassel‘ gegründet.

Reste des klerikalen Multifunktionswesens fanden sich noch in der Stellung von katholischen Juristen, die nicht eindeutig einer der sozialen Gruppen zugerechnet werden konnten.

Im untersuchten Zeitraum lassen sich typologisch zwei Formen des Multifunktionswesens unterscheiden. Horizontale Multifunktionäre versuchten vor Ort den politischen Konsens amtscharismatisch zu stabilisieren, indem sie zwischen den sozialen Gruppen vermittelten. Nach 1919 änderte sich dies grundlegend, als der vertikale Multifunktionär in den Vordergrund trat. So verband ein Funktionär der Christlichen Gewerkschaften typischerweise auf mehreren übereinanderliegenden Ebenen Funktionen: örtlich als Vertreter im Stadtparlament, regional als Gewerkschaftsfunktionär, auf überregionaler Ebene als preußischer Landtagsabgeordneter. Ähnliches galt für Vertreter der Landwirtschaft und des Mittelstandes. Das horizontale Multifunktionswesen, das die flexible Politik der Zentrumspartei lokal abgestützt hatte wurde zum vertikalen, mit dem Ergebnis, daß die sozialen Interessen auf jeder Ebene der politischen Entscheidungsfindung vertreten waren.

Die Frage des sozialen Proporztes durchzog nunmehr nicht nur die Makro-, sondern auch die Meso- und die Mikroebene. Regionale und lokale Zentrumsbeiräte für Arbeiter, Handwerk, Landwirtschaft, Beamte etc. standen für das immer stärkere Eindringen sozialer Interessenslagen in den politischen Katholizismus. Für die Zentrumspartei wurde es immer schwieriger, diese Interessen politisch zu bündeln. Im Vereinsmilieu trat der Typ des geistlichen nebenamtlichen Präses zurück. Diese soziale Figur hatte eine bestimmte – relativ enge – soziale Reichweite gehabt, die den erweiterten politischen und sozialen Partizipations- und Artikulationsmöglichkeiten nach 1919 nicht mehr entsprach. Nicht mehr die schier unerschöpfliche Ämterfülle des Priesters vor 1914 auf lokaler Ebene bestimmte das Bild der Zentrumseliten nach 1918, sondern die vertikale Ämterhäufung etwa des Arbeiter-Zentrumsbeirates, Kommunalpolitikers, Gewerkschaftssekretärs und Landtagsabgeordneten Karl Schmitt. Insgesamt dominierten hauptamtliche Verbandsfunktionäre im Volksverein, den Christlichen Bauernvereinen und den Christlichen Gewerkschaften. Um der sozialen Disparität der Zentrumspartei – dem „Ständefimmel“ – entgegenzuwirken, billigten vor allem kirchliche Stellen die voranschreitende Professionalisierung der sozialen Interessenvertretung, um eindeutige Verantwortlichkeiten und Ansprechbarkeiten zu garantieren.

Auf der Mikroebene, d. h. in der Pfarrgemeinde, blieb der Multifunktionszusammenhang durchweg noch intakt. Darauf deuteten etwa die Zentrumsinitiativen zur Mitgliederwerbung 1921, als Pfarrer die Kirchgänger scharenweise nach dem Gottesdienst zum Einschieben in die Mitgliederlisten nötigten, oder das weitergelungene Vereinscurriculum vom Meßdiener zum Jünglings- oder Gesellenverein. Gerade an dieser generationsspezifischen Nahtstelle des Milieus sorgten Kleriker nach wie vor für die Weiterleitung einmal als Meßdiener erfahrener Jugendlicher in altersspezifische Vereine.²⁸ Auf lokaler Ebene wurden katholische Lebenswelt und Vereinsmilieu noch miteinander verknüpft. Zum „Organisationsproblem“ der Zentrumsparterie geriet die Übersetzung vom Vereinswesen in die Politik. Katholische Politikerkarrieren in der Weimarer Republik waren weniger von der persönlichen horizontalen Integrationsleistung über Ämterkumulation als vielmehr durch den Anspruch auf vertikale soziale Interessenvertretung gekennzeichnet.

Die Ursachen hierfür sind – paradoxerweise – im Erfolg der Zentrumsparterie zu suchen. Das Zentrum war auf kommunaler Ebene, in Preußen und im Reich Entscheidungsträger und wurde umgekehrt für jeglichen politischen und zum großen Teil auch wirtschaftlichen Mißerfolg verantwortlich gemacht. Das einende politische Defensivargument der ausgegrenzten Minorität in der Zeit vor 1914 verlor an Überzeugungskraft zwischen 1920 und 1930. Die Interessenverbände der katholischen Landwirte – „Es gibt nichts Unerträglicheres als die Zentrumsbauern“²⁹, Arbeiter und Mittelständler meldeten ihre sozialen Ansprüche auf allen Vertretungsebenen an. Nicht nur das: auf kommunaler Ebene differenzierte sich die politische Vereinslandschaft zwischen 1919 und 1924 weiter aus durch Verbände für Beamte, Kriegsbeschädigte, Mieter und Vermieter, die im Effekt zwar nicht die Vorherrschaft des politischen Katholizismus, wohl aber der Zentrumsparterie gefährdeten. Besonders drastisch zeigte sich die Schere zwischen den Erwartungen an der Basis und der politischen Kabinettsdisziplin des Zentrums in der Frage der Fürstenenteignung 1926³⁰ oder der Wahlniederlage des Zentrums 1928 nach dem gescheiterten Volksschulgesetz. Ohne poli-

²⁸ Belege bei Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur [wie Anm. 1], S. 65–68 und S. 156f.

²⁹ So ein Vertreter der Freien Gewerkschaften im Fuldaer Stadtparlament. Vgl. „Fuldaer Zeitung“ vom 2. 8. 1920.

³⁰ Vgl. Siegfried Weichlein: Katholizismus und Eigennum. Der Volksentscheid über das Fürstenvermögen 1926 in Fulda, in: Fuldaer Geschichtsblätter 68 (1992), S. 107–129.

tisch für eine überzeugende Integration sorgen zu können, wurde in erster Linie auf das Prinzip der ‚internen Organisation‘ gesetzt, um zu verhindern, daß sich soziale Interessen von Katholiken außerhalb des Milieus äußerten. Dies lief auf Stagnation hinaus. Erst die erneute Kulturkampfsituation nach 1930 verschaffte den Zentrumseliten hier wieder Luft.

II. Sozialdemokratische Parteieliten am Übergang zur Weimarer Republik

Anders stellten sich dagegen die Verhältnisse unter den sozialdemokratischen Eliten am Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik dar. Bei der vergleichenden Betrachtung der Parteieliten in Zentrum und SPD fallen vor allem Unterschiede auf. In der Sozialdemokratie überwog eher die Kontinuität, was schon von Zeitgenossen deutlich so gesehen wurde. Albert Grzesinski, altgedienter Kasseler Parteifunktionär, preußischer Innenminister und Polizeipräsident von Berlin, strich diese Beobachtung beim 40jährigen Jubiläum des „Kasseler Volksblattes“ 1931 heraus: „Das stolze Gebäude der Arbeiterorganisationen ist in der Vorkriegszeit erwachsen und hat sich zweifellos in Stürmen und Nöten oft gut bewährt. [...] Auch in der Arbeiterbewegung gibt es heutzutage einen Instanzenweg, der vielfach die gleichen Nachteile aufweist, wie der Instanzenweg einer Verwaltung. [...] Unsere Bewegung stellt sich dem Betrachter von außen vielfach als ein würdiges Etwas in Bratenrock und Zylinder dar.“³¹

Das Organisationsprinzip – „Was nicht organisiert ist, existiert nicht“ – konnte in beiden Milieus Gültigkeit beanspruchen. Im Zentrumskatholizismus entwickelte sich durch die soziale Heterogenität der Klientel mehr und mehr eine „krankhafte Organisierwut“, die übermäßige Züge annahm und dem Milieuzusammenhalt abträglich war. Dies galt vor allem für die Verdoppelung der sozialen Interessenvertretungen in den Zentrumsbeiräten, die zu den älteren katholischen berufsständischen Vereinen hinzutraten. Die politische Bündelung sozialer Interessen in der Zentrumsparterie litt zudem daran, daß die innerverbandliche Arbeit immer mehr hauptamtliche Kräfte in Anspruch nahm, was der Kumula-

³¹ Albert Grzesinski: Im Entscheidungskampf, in: 40 Jahre Kasseler Volksblatt, „Kasseler Volksblatt“ vom 3. 1. 1931.

tion von Leitungsaufgaben in einer Person automatisch entgegenwirkte. Vor diesem Hintergrund verliert der Umstand, daß zu weiten Teilen in der politischen Arbeiterbewegung die Verbindung von Gewerkschafts- und Parteilinie aufrecht erhalten wurde, ihre scheinbare Banalität. Ähnlich dem katholischen Milieu führte die Mehrdimensionalität des sozialdemokratischen Arbeitermilieus zur Etablierung einer relativ breiten Schicht von Multifunktionalen, die Ämter in den Arbeiterbewegungsorganisationen (Gewerkschaften, Konsumvereine, Arbeiterkulturorganisationen) miteinander verbanden.

Hierin dem Zentrumsmilieu vergleichbar band die Kasseler SPD die wichtigsten Verbände in die politische Vertretung ein.³² Unter den 36 MSPD-Stadtverordneten des Jahres 1919 waren mit 13 Funktionalen sämtliche Partei- und Gewerkschaftsspitzen kommunalpolitisch eingebunden: für den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) Albert Grzesinski, für den Deutschen Eisenbahner-Verband (DEV) Heinrich Weber, als Vertreter des Gewerkschaftskartells Christoph Zilch, der Arbeitersekretär Heinrich Huhn und der örtliche Kartellvorsitzende Hans Eckel (Holzarbeiterverband), für den Konsumverein dessen Vorsitzender Paul Haupt, für die Henschelarbeiter deren Betriebsratsvorsitzender Karl Asteroth und für die Angestellten der Afa-Vorsitzende Christian Witrock.³³ Mit reinen Parteifunktionen versehen waren unter den mehrheitssozialdemokratischen Stadtverordneten der örtliche Parteivorsitzende Richard Hauschildt, gleichzeitig Redakteur des „Kasseler Volksblattes“, und der langjährige Reichstagsabgeordnete und Bezirkssekretär Georg Thöne, der dem Maurerverband entstammte. Hinzu kam der Vorsitzende des Arbeiter Turn- und Sportbundes (ATSB) Cornelius Gellert. Dieser zentrale Funktionärskörper aus allen wichtigen Verbänden wurde ergänzt durch sieben weitere Stadtverordnete mit höherer Bildung, sie-

³² Zur Kasseler Sozialdemokratie in der Weimarer Republik vgl. Eike Hennig/Manfred Kieserling: Zwischen Fabrik und Hof – zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik, Kassel 1990; Wilhelm Frenz/Heidrun Schmidt: Wir schreiten Seit an Seit. Geschichte der Sozialdemokratie in Nordhessen. Marburg 1989; Jürgen Höpken: Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914 bis 1922, Darmstadt 1983; Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur [wie Anm. 1], S. 216–279.

³³ Angaben zu Herkunft und Karriere nach Schröder (Bearb.), Sozialdemokratische Parlamentarier [wie Anm. 6]; ders., Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete [wie Anm. 6]; Beier, Arbeiterbewegung in Hessen [wie Anm. 7], S. 355–615; „Kasseler Volksblatt“, passim; vgl. Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur [wie Anm. 1], S. 229–234.

ben Angestellte, sechs Arbeiter, zwei Handwerker und zwei Frauen. Mit vermindelter Mandatszahl wurde diese Verteilung auch bei der Stadtverordnetenwahl 1929 beibehalten.³⁴

Auch in der Kasseler SPD-Parteiführung war für eine enge Verzahnung von Politik und Organisationsmilieu gesorgt. Dem 15köpfigen Vorstand des Bezirksverbandes Kassel gehörten 1922 Vertreter des ADGB, des Holzarbeiterverbandes, des Afa-Bundes, der Parteipresse, der Jungsozialisten sowie der Parteioorganisationen für Lehrer und Beamte an. Alle weiteren Parteivorstände bis 1933 wiesen eine ähnliche Zusammensetzung auf. Rechnet man die wichtige kommunalpolitische Arbeit der SPD mit, so kamen bei den SPD-Parteilisten die typische Gewerkschaftsarbeit, Parteaufgaben und mindestens ein Mandat in Gemeindeparlamenten, Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Kommunal- und Provinziallandtagen zusammen.³⁵

Die Besetzung hauptamtlicher Funktionen in den Kommunen und Landkreisen mit eigenen Eliten nach 1919 stellte die SPD vor zunehmende Personalprobleme. Konnte das Zentrum auf einen kommunalpolitisch geschulten Personenkreis zurückgreifen, so war dies der SPD nicht möglich. Obwohl sie in den meisten Kreistagen des Bezirkes die absolute bzw. die relative Mehrheit errang, stellte die Besetzung etwa von Landratsämtern sie vor schwere Aufgaben, wurde das in Organisations- und Finanzfragen versierte Personal doch restlos von Partei-, Gewerkschafts- und Konsumvereinsaufgaben in Anspruch genommen. Zu Beginn der Weimarer Republik übernahmen mit dem früheren Reichstagsabgeordneten Georg Thöne und dem Kasseler Konsumvereinsvorsitzenden Hermann Langer altgediente Multifunktionäre Landratsämter (Witzenhausen und Eschwege).³⁶ Die dünne Personallecke der Weimarer SPD für diese Aufgaben wurde auch im Landkreis Kassel-Land deut-

³⁴ Zu den nunmehr elf Funktionalen gehörten: der DEV-Bezirksleiter und Bezirkssekretär, der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, der Konsumvereinsvorsitzende, der Afa-Vorsitzende, der Chefredakteur der Parteizeitung, der Sekretär des Bauarbeiterverbandes und die Vorstände von Reichsbanner und Jungsozialisten. Ergänzt wurden die elf Funktionalen 1929 durch einen Stadtverordneten mit höherer Bildung, zwei Angestellte, zwei Frauen, einen Handwerker und drei Arbeiter.

³⁵ Zur kommunalpolitischen Arbeit der Kasseler SPD vgl. Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur [wie Anm. 1], S. 235–246.

³⁶ Ähnliches galt in Hanau, wo der Frankfurter Arbeitersekretär Eugen Kaiser seit 1922 das Landratsamt leitete. Kaiser war Sekretär in der Rechtsauskunft des Frankfurter Gewerkschaftskartells und davor Gauleiter des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins für Deutschland (Stitz Frankfurt a. M.) gewesen.

lich, wo die SPD über die absolute Mehrheit verfügte, aber bis 1930 mit dem Konservativen Gottfried Rabe von Pappenheim, der aus westfälischem Uradel stammte, zusammenarbeitete. Erst danach besetzte sie mit dem auswärtigen Gewerkschaftssekretär Karl Ohle den Landratsposten. Für die ihr zustehenden Landratsämter bevorzugte die SPD Lehrer und SPD-nahe Juristen, um – wie in den Fällen Thöne und Langer geschehen – wichtige Schaltstellen in den Arbeiterbewegungsorganisationen nicht neu besetzen zu müssen. So kamen die Volksschullehrer Heinrich Treibert und Jean Groeniger in Landratsämter. Der prominenteste Fall dieser Personalpolitik in Hessen-Nassau war der Jurist Ernst von Harnack, Sohn Adolf von Harnacks, „der in seiner Partei als nicht ganz richtig platzierter Grandseigneur und in der konservativen Gesellschaft als enfant terrible betrachtet wurde und dies auch genoß.“³⁷ Seit 1919 Mitglied der MSPD durchlief er in erstaunlich kurzer Zeit alle Karrierestationen in der Verwaltung, vom Hilfsarbeiter im Kultusministerium über den Landrat, Regierungsvizepräsidenten, Vizepräsidenten bis schließlich seit 1929 zum Regierungspräsidenten in Merseburg.³⁸ Mehr aus personeller Not denn aus politischer Überzeugung begünstigte die SPD Karrieren von Quereinsteigern. Im Ergebnis wurde so die Republikanisierung der preußischen Verwaltung vorangetrieben, ohne daß der Funktioniärskörper der SPD weiter ausgedünnt wurde.

Die andere Nahstelle von Milieus, die ständige Arbeit an der Vermittlung zweier Dimensionen erforderte, betraf die Übersetzung der arbeiterbäuerlichen Lebenswelt in sozialdemokratische Vereine. Die meisten der Kasseler Milieueliten stammten aus der näheren oder mittleren Umgebung, waren aus persönlicher Erfahrung mit den Problemen nebenerwerblicher Landwirtschaft und gleichzeitiger Industriearbeit vertraut und lebten oftmals selbst noch in Verhältnissen subsistenzwirtschaftlicher moralischer Ökonomie. Für die Verwurzelung der Kasseler Milieueliten in der ländlichen Gesellschaft stand exemplarisch der Sozialdemokrat Carl Kraft (Jahrgang 1874). Er bewirtschaftete nebenerwerblich als Mondscheinbauer einen Hof. Als Multifunktionsär vertrat er die SPD auf allen politischen Ebenen: als Kommunalpolitiker, in agrarpolitischen Parteigremien und als Abgeordneter im preußischen Landtag (1924 bis 1933). Krafts politisches Wirken kreiste um die ständige Ver-

³⁷ Thomas Klein: Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867–1945, Darmstadt/Marburg 1988, S. 63 f. Ebd., 136 f.

mittlungsarbeit zwischen ländlicher Arbeiterschaft, Kommunalpolitik und Parteiarbeit. Er war einer der ersten Sozialdemokraten in seinem Dorf gewesen. Von 1902 bis 1926 nahm er das Amt eines Vertrauensmannes der SPD in Nieste (Landkreis Kassel) wahr, von 1904 bis 1919 war er Gemeindevertreter, von 1919 bis 1933 Bürgermeister in der Gemeinde Nieste. Zwischen 1919 und 1925 saß er im Kreisausschuß, von 1928 bis 1933 im Kreistag des Landkreises Kassel. In der Partei trat er als Agrarpolitiker hervor.³⁹

Was weite Teile der Parteielite Kassels, die vor allem aus den ländlichen SPD-Untergliederungen stammten, als Multifunktionsäre mit ihrer Basis verband, war der Zusammenhang von abhängiger Lohnarbeit in der Industrie und selbständiger nebenerwerblicher Landwirtschaft nach Feierabend. Dies wirkte schon lebensweltlich jeglicher Radikalisierung entgegen. Gesellschaftliche Enteisungspläne konnten in einer Arbeiterschaft und Parteielite, die selbst Produktionsmittel in Form von Hof und Land besaß, keine Mehrheit finden. Wer in eigener Verantwortung und mit Hilfe seiner Familienangehörigen – vor allem der Ehefrauen – nach Feierabend ‚Selbstausbeutung‘ betrieb, hatte andere Erfahrungen als sie ein Arbeiterprotest gegen entfremdete Lohnarbeit und die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in den Industriebetrieben unterstellte. Die hohe Bedeutung der moralischen Ökonomie für Organisationsverhalten und politische Programmatik hilft die unterschiedliche Entwicklung erklären, die die beiden SPD Hochburgen im Bezirk Kassel und Hanau in der Weimarer Republik nahmen.⁴⁰

Umgekehrt bedeutete dies, daß der Typ des städtischen Proletariats, der sich ausschließlich durch entfremdete Lohnarbeit ernährte und seinen einzigen sozialen Bezugspunkt – quasi von der Wiege bis zur Bahre – in der sozialistischen Arbeiterbewegung hatte, nicht die Kasseler Parteielite dominierte. Es sind Zweifel angebracht, ob er für die Arbeiterschaft und die SPD-Klientel überhaupt typisch ist.⁴¹ Der Mythos vom weitgehend bindingslosen und entwurzelten Proletariat, der seine Iden-

³⁹ Vgl. Carl Kraft: Bauer und Sozialdemokratie, in: „Kasseler Volksblatt“ vom 9. 11. 1927. Zu Carl Kraft vgl. Beier, Arbeiterbewegung in Hessen [wie Anm. 7], S. 472; Schröder (Bearb.), Sozialdemokratische Parlamentarier [wie Anm. 6], S. 653.

⁴⁰ Vgl. hierzu Siegfried Weichlein: Politische Kultur und Wählerverhalten. Das Beispiel hessischer Regionen am Ende der Weimarer Republik, in: Sozialwissenschaftliche Informationen 20 (1991), S. 133–140.

⁴¹ Zur Kritik am Mythos des entwurzelten Proletariats vgl. Josef Mooser: Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M. 1984, S. 161.

tität alleine im sich neu formierenden Milieu der Arbeiterbewegung fand und deren Leitungsgremien bevölkerte, erfüllte eher Agitations- und Propagandafunktion, als daß er der Wirklichkeit entsprach. Weit über Nordhessen hinaus prägten neben entfremdeter Lohnarbeit in den Industriebetrieben vororganisatorische Bedingungen des Produktionsmittelbesitzes, der Selbstausbeutung nach Feierabend und der dörflichen moralischen Ökonomie den politischen Habitus der SPD-Klientel und der Milieuliten.⁴²

Die Karrierewege der Kasseler Arbeiterführer gingen denen andernorts. Die nordhessische Parteiführung entstammte den älteren und kleineren Gewerkschaftsverbänden, später dem nach der Jahrhundertwende enorm angewachsenen DMV. So kamen die Volksblatt-Redakteure Philipp Scheidemann und Richard Hauschildt aus dem Buchdruckerverband, der Kreissekretär Johannes Struve aus dem Holzarbeiterverband, der erste Kasseler Reichstagsabgeordnete Heinrich Hüttmann aus dem Maurerverband. Ähnlich stand es bei dem zweiten Reichstagsabgeordneten des Kasseler Agitationsbezirkes Michael Schnabrich, der aus dem Schuhmacherverband kam.⁴³ Die Amtszeiten der leitenden Parteiarbeiter waren recht lang. Von 1907 bis 1919 war Georg Thöne Bezirkssekretär, noch länger – bis 1922 – blieb er im Parteivorstand. Der Parteipaparat wurde zur gleichen Zeit durch hauptamtliche Kräfte enorm ausgedehnt. Zu den Hauptamtlichen gehörten neben Georg Thöne noch Richard Hauschildt, Max Felgenträbe, Fritz Tejessy, Rudolf Freidhof und Karl Hermann.

Wie im Reich so war auch die Kasseler Parteiführung überaltert: Ihre führenden Genossen waren zumeist zwischen 1860 und 1880 geboren, hatten nach der Volksschule eine Lehre abgeschlossen, waren auf Wanderschaft – in der Regel im Inland – gewesen und hatten dann den Militärdienst abgeleistet. Die Karrierewege in der Arbeiterbewegung gingen bei 18 der 28 Sozialdemokraten, die in der Weimarer Republik im Bezirksparteivorstand mitarbeiteten, von einer gewerkschaftlichen Aufgabe aus, die sie zumeist in den 1880er und vor allem 1890er Jahren aufgenommen hatten. Hier überwogen vor allem die Verbände der Holz-

arbeiter⁴⁴, der Maurer und der Bauarbeiter.⁴⁵ Das Gewicht der älteren Parteiliten wurde verstärkt durch zwei Genossen, die über die Parteipresse den Weg in Leitungsaufgaben gefunden hatten.⁴⁶ Die – vergleichsweise – jüngere Generation von Arbeiterführern war nach 1880 geboren und hatte ihre Karriere im Metallarbeiterverband⁴⁷ oder in dem für Kassel ebenfalls wichtigen Eisenbahnerverband⁴⁸ begonnen. Eine reine Parteikarriere lag nur bei Rudolf Freidhof (1888), der 1928 aus Mannheim kam, und bei Christian Witrock (1882) vor. Die jüngeren reformistischen Vordenker Michael Schnabrich (1880) und Georg Häring (1885) kamen aus dem Schuhmacher- bzw. dem Metzgerverband.

Innerhalb der Parteilite fand vergleichsweise wenig Fluktuation statt. Die regionale Mobilität war indessen über die Verschiebung von Parteisekretären gewährleistet. So verließ etwa Richard Hauschildt Kassel 1925, nachdem er 20 Jahre lang Redakteur des „Kasseler Volksblattes“ gewesen war, um für die „Freie Presse“ in Elberfeld zu arbeiten und ab 1929 die Werbeabteilung des SPD-Parteivorstandes zu leiten. 1928 kam der Mannheimer Parteisekretär Rudolf Freidhof nach Kassel, um dort bis 1933 die Parteiarbeit zu leiten.⁴⁹ Der vielleicht bemerkenswerteste politische Wechsel neben Albert Grzesinski und Philipp Scheidemann, die 1919 nach Berlin gingen, war derjenige von Fritz Tejessy, mit Geburtsjahrgang 1895 einer der jüngsten im Kasseler Parteivorstand. Der frühere Chefredakteur des „Kasseler Volksblattes“ folgte Albert Grzesinski nach Berlin, als dieser zum preußischen Innenminister berufen wurde. Tejessy bekleidete das einflußreiche Amt des Chefs der Personal- und Disziplinarabteilung im preußischen Innenministerium. Auf diesem Posten war er in der Endphase der Republik dafür verantwortlich, daß Nationalsozialisten nicht in den preußischen Staatsdienst übernommen wurden. Tejessy legte eine außerordentliche Wertschätzung für die Tätigkeit staatlicher Verwaltungseliten an den Tag: „Dem, der heute noch nicht weiß, was es bedeutet, die führenden Verwaltungsstellen des Staates in der Hand zu haben, ist nicht zu helfen. Nicht umsonst schreiben

⁴⁴ Wilhelm Pfannkuch (Jahrgang 1841), Johannes Struve (1868), Hans Eckel (1870).

⁴⁵ Georg Thöne (1867), Heinrich Hüttmann (1868), Karl Jungklaus (1868).

⁴⁶ Zu dieser Gruppe gehörten: Philipp Scheidemann (1865), Richard Hauschildt (1876), Fritz Tejessy (1895), Hermann Langer (1867) kam aus dem Konsumverein.

⁴⁷ Christoph Zilch (1868), Albert Grzesinski (1879), Fritz Braunerreuther (1880), August Haas (1881), Paul Haupt (1882), Ernst Rebber (1890).

⁴⁸ Friedrich Hofacker (1881).

⁴⁹ Vgl. Rudolf Freidhof: Organisation ist notwendig, in: „Kasseler Volksblatt“ -Festausgabe vom 9. 11. 1929.

⁴² Dies traf auch für SPD-Parteiliten in den Hochburgen Hersfeld und Eschwege zu. Vgl. Konrad Homeister: Die Arbeiterbewegung in Eschwege (1885–1920), Kassel 1987; Heinrich Nuhn: Wahlen und Parteien im ehemaligen Landkreis Hersfeld. Eine historisch-analytische Längsschnittstudie, Darmstadt/Marburg 1990.

⁴³ Zum Buchdruckerverband vgl. „Kasseler Volksblatt“ vom 12. 9. 1927 (60 Jahre Buchdruckerverband in Kassel).

die Nationalsozialisten nach Preußen.“ Nach 1949 leitete Tejessy den Verfassungsschutz beim Innenministerium von Nordrhein-Westfalen.⁵⁰ Ein Blick auf sozialdemokratische Ämterfülle in der Kommunalpolitik hilft das inhaltliche reformistische Profil der Kasseler Arbeiterführer erklären, das von jahrelangem Engagement in den Kommunalparlamenten und Konsenssuche in der kommunalpolitischen Alltagspraxis geprägt war. Etwa jedes achte Parteimitglied war im Parteibezirk Hessen-Kassel mit einem kommunalpolitischen Mandat versehen in den Selbstverwaltungskörperschaften auf lokaler oder regionaler Ebene tätig. Der Anteil der sozialdemokratischen Mandatsträger an der Mitgliedschaft betrug ohne die Kreis- und Provinziallandtagsabgeordneten, da diese in der Regel Mehrfachfunktionen waren, für den nordhessischen Parteibezirk 12,3 Prozent im Jahr 1930, im Jahre 1931 waren es immer noch 12 Prozent. Nur noch der badische Parteibezirk übertraf diesen hohen Wert.⁵¹

Die hohe kommunalpolitische Verantwortung an oftmals prominenter Stelle stand einem Selbstverständnis der Sozialdemokratie als permanenter Opposition auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis ins Reich im Wege. Es überrascht daher nicht, daß besonders aus diesem Bezirk immer wieder – 1921 zur Koalitionsfrage in Preußen⁵², 1926 im Reich⁵³ – Stimmen laut wurden, die eine Regierungsbeteiligung der SPD forderten.⁵⁴ Dieses reformistische Profil der Partei bildete die Ziel-

scheibe der Kritik aus der Opposition der Arbeiterbewegung. Der ehemalige Kasseler Konsumvereinsvorsitzende Richard Wagner wechselte zur USPD und übernahm 1920 die Redaktion der örtlichen „Hessischen Arbeiterzeitung“, des Organs der Unabhängigen für Hessen und Waldeck. In seinen Memoiren blickte er auf eine lange Zusammenarbeit mit der Kasseler Parteielite unter dem vielsagenden Titel „Zigeunerblut im Aktenschrank“ zurück.⁵⁵

Das politische Profil der Kasseler Parteielite innerhalb des Parteispektrums wurde gerade im Streit um die Koalitionspolitik der SPD deutlich. Die nordhessischen Genossen gehörten zu den vehementesten Verteidigern der preußischen Fraktionsführung und ihrer langjährigen Koalition mit den bürgerlichen Parteien. Der Hersfelder Reichstagsabgeordnete Michael Schnabrich kontierte etwa auf dem Kieler Parteitag 1927 die Kritik sächsischer Genossen um den Abgeordneten Hermann Fleißner an der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung und warf seiner eigenen Reichstagsfraktion koalitionspolitisches Versagen vor: „Nicht die Preußen-Politik, die Reichspolitik war falsch. [...] Eine große Partei hat die Aufgabe, ihre Taktik so einzurichten, daß sie sich ihren Anteil an der politischen Macht sichert, wo sie ihn erreichen kann. Diese zielklare Politik haben die Genossen in Preußen richtig verfolgt.“⁵⁶

Die reformistische Pragmatik der Parteielite Kassels ergab sich aus einer gelungenen Übersetzungsleistung an den beiden Nahstellen des sozialdemokratischen Arbeitermilieus. Zum einen spiegelte sich in Herkunft und Lebenswelt der Parteielite der Alltag der Mehrheit der nordhessischen Genossen wider. Daß sich auch die ländliche Arbeiterschaft zu weiten Teilen in der SPD wiedererkannte, erklärte die großen Organisationserfolge der SPD in der Region, die – wie auch überregional zu beobachten⁵⁷ – erst 1931/32 die größte Dichte ihres Vereinswesens aufwies. Zum anderen verband die Kumulation von Gewerkschaftsämtern einerseits und politischen oder Parteimandaten andererseits – hier vor allem in der Kommunalpolitik – das sozialdemokratische Organisations-

⁵⁰ Fritz Tejessy: Vom Redakteur zum Verwaltungsbeamten, in: „Kasseler Volksblatt“ - Jubiläumsausgabe vom 3. 1. 1931; zu Fritz Tejessy vgl. Beier, Arbeiterbewegung in Hessen [wie Anm. 7], S. 579.

⁵¹ Im Durchschnitt aller SPD-Parteibezirke Deutschlands hatte nur jedes zwanzigste (4,8 Prozent) SPD-Mitglied ein kommunalpolitisches Mandat. Diese Werte stellen Durchschnittswerte nach den Jahrbüchern der Sozialdemokratie 1930 und 1931 dar. Der hohe Mitgliederanteil der Stadt Kassel an der Gesamtmitgliedschaft des Parteibezirkes bedingte einen noch höheren Anteil kommunaler Mandatsträger in den weiten ländlichen Kreisen und verringert ihn etwas in Kassel. Vgl. Jörg Kammler: Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes: Die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933, in: ders./Dietfried Krause-Vilmar (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933 bis 1945, Eine Dokumentation, Fulda/Brück 1984, Bd. 2, S. 291–324; hier S. 302.

⁵² Zur Regierungsbeteiligung der MSPD 1921 in Preußen und im Reich unter Zuziehung der DVP vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung [wie Anm. 8], S. 450 ff.

⁵³ Zur innerparteilichen Diskussion um eine Große Koalition im Winter 1925/26 in der SPD vgl. Winkler, Der Schein der Normalität [wie Anm. 8], S. 259–264.

⁵⁴ Vor allem die Reichstagsabgeordneten Georg Thöne und Michael Schnabrich sowie der Arbeitsekretär Georg Häring votierten wiederholt für eine Regierungsbeteiligung der SPD. Vgl. „Kasseler Volksblatt“ vom 5. 8. 1921. Zur konsequent reformistischen Position Georg Härings vgl. Häring: Die Sozialdemokratie im neuen Staat, in: „Kasseler

Volksblatt“ vom 9. 11. 1927; Schnabrichs Votum 1926: Schnabrich: Regierungskrise! Warum Große Koalition?, in: „Kasseler Volksblatt“ vom 9. 1. 1926.

⁵⁵ Nachweis bei Schröder (Bearb.), Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete [wie Anm. 6], S. 1056.

⁵⁶ Schnabrich: Unser Parteitag, in: „Kasseler Volksblatt“ vom 14. 5. 1927.

⁵⁷ Vgl. Peter Lösche/Franz Walter: Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidarisch-gemeinschaftlicher Höhepunkt, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 511–536.

milieu mit dem politischen Parteimilieu. Trotz aller Rückschläge und Erosionserscheinungen blieb der milieubestimmende Kreislauf von Lebenswelt, Vereinswesen und Politik bis in die Endphase der Weimarer Republik in der Kasseler reformistischen Arbeiterbewegung erhalten. Ähnliches ließ sich im katholischen Sozialmilieu der Weimarer Zeit beobachten. Die Mechanismen, die diese relative Konstanz ermöglichen, waren freilich verschieden. Während das Multifunktionsmilieu im Katholizismus ersetzt wurde durch Strategien direkter Organisation, was seiner sozialen Heterogenität geschuldet war, kumulierten Sozialdemokraten in der Weimarer Republik eher noch mehr Ämter als zuvor.

III. Parteieliten und Demokratisierung – zusammenfassende Thesen

1. Die Mehrdimensionalität der Milieus und das Multifunktionsmilieu bedingten einander. An den beiden für den Zusammenhalt der Milieus entscheidenden Schnittstellen kam den Multifunktionseliten die Aufgabe der Verklammerung zu:

a. Zum einen hatten Multifunktionseliten die Aufgabe der Übersetzung zwischen einer relativ homogenisierten Lebenswelt und dem Vereinswesen: dieser Aspekt betraf gleichsam die lebensweltliche Bodenhaftung von Milieueliten. Sowohl katholische Multifunktionseliten als auch Arbeitsekretäre spiegelten in ihrer Biographie die Lebenswelt ihrer Klientel wider, sei es als Kleriker, sei es, daß sie eine Lehre als Schriftsetzer, Schlosser oder ähnliches durchlaufen hatten. Die Existenz der Multifunktionseliten war daran gebunden, mit ihrer Klientel gleichgesinnt zu sein und die Organisation von Gleichgesinnten zu erreichen. Multifunktionseliten predigten das Organisationsprinzip so sehr, daß es selbst ein Bestandteil der Sozialmoral wurde. Urs Altermatt umschrieb diesen Sachverhalt treffend, indem er Milieus durch eine Doppelbewegung charakterisierte: die Organisierung der Ideologie und die Ideologisierung der Organisation.⁵⁸

⁵⁸ Vgl. Urs Altermatt: Katholische Subgesellschaft. Thesen zum Konzept der „Katholischen Subgesellschaft“ am Beispiel des Schweizer Katholizismus, in: Gabriel/Kaufmann (Hrsg.), Soziologie des Katholizismus [wie Anm. 19], S. 145–165.

b. Zum anderen stellten Parteieliten in Katholizismus und Sozialdemokratie die Verbindung vom Vereinswesen in die Politik her. Multifunktionseliten verbanden in einer Person Ämter in katholischen Vereinen oder Arbeiterorganisationen und Zentrum oder SPD. Sie verkörperten die Politisierung des Vereinswesens. Zahllose Additionen von Funktionen in Gewerkschaft, Partei und Politik besonders in der SPD wiesen auf die Verklammerung von Organisationsmilieu und Politik hin.

Dennoch: der Zusammenhang von Multidimensionalität der Milieus und Multifunktionsmilieu darf nicht strukturfunktionalistisch verstanden werden. Multifunktionseliten stellten sowohl das Produkt als auch den Motor dieser Multidimensionalität dar. Milieus waren nichts Natürliches, sondern sie erneuerten sich in ständiger Arbeit. Diese andauernde Konstruktionsleistung durch Multifunktionseliten war an persönliche Qualifikationen gebunden. Sie gelang nämlich nur dort, wo – dialektisch gesprochen – Eliten zugleich auch Nichteliten waren und sich persönlich mit ihrer Basis gemein machen konnten. Dieser Zusammenhang wurde mit voranschreitender Beanspruchung der Multifunktionseliten durch die enorm ausgeweitete Organisations- und Parteiarbeit problematisch und konnte nicht von Dauer sein.

2. Die Weisen der Übersetzungsarbeit zwischen Lebenswelt und Vereinswesen und zwischen Vereinswesen und Politik in Katholizismus und Sozialdemokratie unterschieden sich. Im Zentrum trat aufgrund seiner sozialen Heterogenität das Organisationsprinzip immer mehr in den Mittelpunkt. Kleriker als nebenamtliche Multifunktionseliten wurden nach und nach von hauptamtlichen Verbandsfunktionären abgelöst, was sich in den Christlichen Gewerkschaften schon vor 1914 andeutete. Das Stichwort ‚Ständekandidatur‘ stand dabei für einen Prozeß der direkten Politisierung der sozialen Interessenvertretungen im Katholizismus, der von der Zentrumspartei nunmehr ratifiziert wurde. Die horizontale Akkumulation von Ämtern wich einer vertikalen Konzentration. Unverbunden nebeneinander stehend wirkten beide Formen des Multifunktionsmilieus dysfunktional auf die Selbstreproduktion des Milieus.

Dagegen war die Professionalisierung in der sozialdemokratischen Organisationskultur schon vor 1914 relativ weit fortgeschritten. Hier überweg die Kontinuität, indem eine Vielzahl von Partei- und Gewerkschaftsarbeitern nach 1919 mit lokalen, regionalen und teilweise auch überregionalen politischen Mandaten und – anfangs noch – Verwaltungsaufgaben überhäuft wurde. Gleichzeitige Funktionen in Gewerkschaft, Partei und einer Stadtverordnetenversammlung waren in der so-

zialdemokratischen Parteilite der Weimarer Jahre häufig anzutreffen. Hier herrschte durch relative soziale Homogenität bedingt die vertikale Amterkumulation vor.

3. Das Verhältnis der Parteiliten zur Basis hatte im Katholizismus und in der Sozialdemokratie Konsequenzen für ihre Einstellung zu übergreifenden Erfordernissen der parlamentarischen Demokratie. In beiden Milieus war eine Funktionärschicht in teilweise jahrzehntelanger Prägung durch Zwänge der Konsensbildung und Kompromißfindung zwischen verschiedenen Funktionen herangewachsen. Nach 1918 rückten vor allem in der SPD – viele diese Funktionäre in neue Funktionen der parlamentarischen Parteidemokratie ein. Gerade in Preußen zeigten sich die Funktionärskörper von Zentrum und SPD auch deshalb erstaunlich kompetenzfähig, weil sie die Kompromißfindung schon in ihrer Teilkultur kennengelernt hatten.

Der politische Einfluß der Parteiliten war durch die parlamentarische Regierungsform enorm gestiegen. Georg Thöne und Georg Häring in Kassel gedachten diesen gewachsenen Handlungsspielraum zur volksparteilichen Öffnung der Partei in politischer Praxis und Programmatisierung zu nutzen. Bereits im Januar 1917 und damit im weiteren Vorfeld des Würzburger Parteitag, als der Gedanke einer Volkspartei SPD noch gänzlich neu war, hatte Georg Thöne, der Vormann der Kasseler Reformisten, in einer Parteiversammlung die Zukunftsaufgaben der SPD als Volkspartei erläutert.⁵⁹ In den Jahren 1919/20 gründete die Kasseler Mehrheitssozialdemokratie Arbeitsgemeinschaften für Schichten, die bisher der Sozialdemokratie eher ablehnend gegenüberstanden hatten: für die Lehrer, die Angestellten und die Beamten. Der Kasseler Parteiführung konnte schwerlich der Wille abgesprochen werden, organisatorisch die Öffnung für neue Schichten einzuleiten.

Indessen folgte ihr die Parteibasis auf dem Weg zur kompromißorientierten politischen Öffnung nicht. 1921 stand für die SPD mit der Debatte über das Görplitzer Programm eine Zerreißprobe an. Während die Mehrheit der Parteilite im Reich für die politische Erneuerung der Partei und den Abschied vom Klassenkampf eintrat, mußte sie bei den regionalen Parteiversammlungen gerade in den Parteihochburgen feststellen, daß das Erfurter Programm unterdessen zur emotionalen Grundausstattung im Milieu gehörte, von dem sich viele Mitglieder nur schwer trennen wollten. Der Kasseler Bezirksvorsitzende und überzeugte Re-

formist Richard Hauschildt, selbst Mitglied des Reichsparteiausschusses, machte sich zum Sprachrohr dieser Haltung. Er sah im ersten Entwurf des neuen Parteiprogrammes ein „länglich-bängliches Programmgerippe. [...] Zuviel Gerippe, zuviel Knochen, zu wenig Fleisch und Blut.“ Besonders vermißte er das sozialistische Pathos der Weltveränderung, für das es sich lohne, sein Leben einzusetzen.⁶⁰ Der Vorsitzende des Kasseler DMV faßte daraufhin die Stimmung zusammen, als er meinte, „es lohne nicht über den Programmentwurf viele Worte zu machen: am besten er erhält ein Begräbnis erster Klasse.“⁶¹ Auch wenn der zweite Entwurf auf dem Parteitag schließlich – mit den Stimmen der Kasseler Delegierten – angenommen wurde, zeigte dieser Vorgang doch den eingeschränkten politischen Handlungsspielraum der sozialdemokratischen Parteilite.

Zwischen verantwortungsethischer politischer Grundeinstellung und der Rückbindung an die eigene Basis versuchte sich die sozialdemokratische Parteilite mit ihrer Lieblingsidee hindurchzulavieren, der Erweiterung ihrer Basis, worunter sie das Wachstum Proletariates verstand. Das entscheidende Glied in ihrer Argumentationskette, das ihnen die Zustimmung zum Görplitzer Programm erleichterte, lautete, die neuen Mittelschichten seien ein objektiver Teil der Arbeiterklasse. Beamte, Angestellte, mittelständische und ländliche Schichten: Sie alle waren im Verständnis der Kasseler Reformisten Teil des Proletariats. Die Genossen waren zwar bereit, Angestellte, Beamte, Lehrer und andere Gruppen in ihre Reihen aufzunehmen, um mit deren Hilfe parlamentarisch-demokratische Mehrheiten zu erzielen. Dieser Volksparteigedanke hatte jedoch instrumentellen Charakter: Zurückkehren in die SPD sollten nicht nur die Unabhängigen und die Kommunisten. Auch die Angestellten und Lehrer, Künstler und andere hatten sich als Teil des einen Proletariates zu erkennen. Das Selbstverständnis der SPD-Parteiliten wurde dadurch in dem Maße berührt, in dem z. B. das Zentrum nichtkatholische

⁶⁰ Seine Charakterisierung des vorliegenden Entwurfes ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Mit gedämpftem Trommelklang, wie ein müder Landsturmmann, kommt es daher, anstatt kühn die rote Sturmflut der Revolution zu entfalten, und der Bourgeoisie, der Trägerin des kapitalistischen Systems, das die Welt in die ruchloseste Katastrophe aller Zeiten stürzte, ein eisernes „Nun erst recht!“ aus proletarischen Massen entgegenzuschleudern. Nun erst Kampf gegen das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung, Kampf für den Sozialismus, der weder Ausbeutung des Menschen, noch Vorrechte einer Klasse, und auch nicht die Knechtung ganzer Nationen durch andere Nationen kennen wird.“ „Kasseler Volksblatt“ vom 5. 8. 1921.

⁵⁹ Vgl. Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung [wie Anm. 32], S. 99.

⁶¹ „Kasseler Volksblatt“ vom 5. 8. 1921.

Positionen aufnahm. Der programmatische Standpunkt der Sozialdemokratie zur Volkspartei glich derjenigen der Rückkehrökumene des Katholizismus.⁶²

Nicht nur im sozialdemokratischen Funktionskörper konnten Konsenssuche und Kompromißfindung auf Verständnis rechnen, auch bei den katholischen Parteieliten herrschte – vor allem in Preußen – ein pragmatischer kompromißorientierter Politikstil vor. Der spätere Chefredakteur der „Fuldaer Zeitung“, Johannes Kramer, gehörte zu den in der Weimarer Republik nachdrängenden politischen Eliten der Zentrumspartei, die nicht mehr durch die Kulturkampfverfolgung geprägt waren. Er ging als Zentrumspolitiker zwar vom Selbsterhaltungsinteresse des politischen Katholizismus, aber auch von dessen übergeordneter Verantwortung im demokratischen Staat aus. Kramer bezog eine dezidiert positive Einstellung zum neuen Staat und wandte sich gegen die in der Zentrumspartei weit verbreitete allgemeine politikkritische Grundeinstellung, die sich von allem fernhalte, was mit Parlament, Parteien und Politik zu tun habe. Inhaltliches Ziel der Zentrumspolitik sollte es nach Kramer sein, wirtschaftlichen Ausgleich und die Solidarität der Stände hochzuhalten.⁶³

Die auch unter den Zentrumseliten 1918/19 vorhandenen Öffnungsbestrebungen wurden jedoch – hierin den Vorgängen in der (Mehrheits-) Sozialdemokratie vergleichbar – von den unteren Parteifunktionären und der Basis nicht mitgetragen. Hatte man sich in der kurhessischen Zentrumsführung im Dezember 1918 dem Gedanken einer „Christlichen Volkspartei“ gegenüber noch aufgeschlossen gezeigt, so votierten die Zentrumsversammlungen vom Winter 1918/19 dagegen. Wie wenig die lokalen Zentrumseliten gegenüber der Vorkriegszeit geändert wissen wollten, zeigte der Beschluß, in der preußischen Provinz Hessen-Nassau getrennte Parteiorganisationen für Kassel und Wiesbaden beizubehalten.⁶⁴ Mit der Frage einer „Christlichen Volkspartei“ beschäftigte sich die Vertrauensmännerversammlung des Zentrums am 16. Dezember 1918 in Fulda. Dieses Gremium votierte dafür, in Sache und Namen die Tradition des alten Zentrums fortzuführen, da man keine Notwendigkeit sah, „einen anderen Rock anzuziehen“. Programmatisch einigten sich

die Vertrauensmänner auf die bisherigen Leitsätze, die den christlichen Grundsätzen entsprächen und keinerlei Modifizierung – „Verschnörkelung“ – bedürften.⁶⁵ „Unser Name *Zentrumspartei* bleibt unverändert, wir brauchen uns keinen neuen Namen beizulegen, wir haben keinen Anlaß, unsere Vergangenheit zu verleugnen.“⁶⁶

Die Wille zur aktiven Mitarbeit war in katholischen und sozialdemokratischen Parteieliten weit verbreitet. Beide Gruppen wurden indessen in ihrem Handlungsspielraum stark eingeengt durch den Beharrungswillen des Vereinsmilieus, dem sie ihre Karriere verdankten. Das katholische wie auch das sozialdemokratische Organisationsmilieu trugen den Willen zur Kompromißsuche und Konsensfindung in der parlamentarischen Demokratie nur bedingt mit. Die zunehmend pragmatisch eingestellten Parteieliten in Zentrum und SPD sahen sich in der Weimarer Republik einem doppelten Druck vom politischen Gegner *und* der eigenen Basis ausgesetzt, der ihren Handlungsspielraum nur einengen konnte.

⁶² So auch Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung [wie Anm. 32], S. 332f.

⁶³ Johannes Kramer: Zum Geleite, in: Mitteilungen der Zentrumspartei im Regierungsbezirk Kassel für den Kreis Fulda I (1920), Dezember 1920, S. 1f.

⁶⁴ Vgl. „Fuldaer Zeitung“ vom 10. 12. 1918.

⁶⁵ „Fuldaer Zeitung“ vom 2. 1918.

⁶⁶ Wahlauftrag der Zentrumspartei für die Provinz Hessen-Nassau, Waldeck und Wetziar in: „Bonifatiusbote“ vom 1. 1. 1919 (Hervorhebung im Original).